

**DER DEUTSCHE HISTORIKERSTREIT VON 1986
UND DIE KONTROVERSE SUCHE NACH EINER
»NATIONALEN IDENTITÄT« IN DEN 80ER JAHREN**

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Die Debatte: Der »Historikerstreit« von 1986 – Akteure und Argumente	4
2.1 Der Verlauf der Debatte	4
2.1.1 Die Auslösung der Debatte	4
a) Das Buch von Andreas Hillgruber	4
b) Die Wortmeldungen von Michael Stürmer	5
c) Der Artikel von Ernst Nolte	6
2.1.2 Die Kritik von Jürgen Habermas	7
2.1.3 Der Fortgang der Debatte	8
2.2 Der Charakter der Debatte	8
3. Die Ausgangslage I: Der politische Rahmen	9
3.1 Veränderungen des gesellschaftspolitischen Klimas seit der Mitte der 70er Jahre ..	10
3.2 Auf der Suche nach »nationaler Identität«	11
3.2.1 Äußerungen konservativer Politiker	11
3.2.2 Symbolische Politik – »Bitburg«	13
3.2.3 Museumsprojekte der Bundesregierung	13
3.3 Fazit	14
3.4 <i>Exkurs: Gegentendenzen</i>	14
4. Die Ausgangslage II: Der wissenschaftliche Rahmen	15
4.1 Paradigmenwechsel in der Geschichtswissenschaft?	15
4.1.1 Wachsende Kritik an der »Sonderwegs-These«	16
4.1.2 Geopolitische Erklärungsansätze und die These vom »Primat der Außenpolitik« ..	17
4.2 Stellungnahmen von Historikern zum »Sinn der Geschichte«	18
4.3 Fazit	19
5. Schlußbetrachtung	19
6. Literaturverzeichnis	21

1. Einleitung

»*Vergangenheit, die nicht vergeben will*« – unter dieser Überschrift veröffentlichte der Berliner Zeithistoriker Ernst Nolte im Juni 1986 einen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), der zum äußeren Anlaß einer bis dahin einzigartigen Debatte über den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland wurde. Im Kern ging es dabei um die Frage nach der Einordnung des Nationalsozialismus in die deutsche Geschichte, nach der Singularität des Holocaust und einem möglichen kausalen Zusammenhang zwischen den Verbrechen der bolschewistischen und der NS-Diktatur. Charakteristisch an dieser Auseinandersetzung war der Umstand, daß sie von Anfang an nicht eine rein fachwissenschaftliche Diskussion blieb, sondern überwiegend in den Massenmedien (v.a. den überregionalen Tages- und Wochenzeitungen) ausgetragen wurde und in der Öffentlichkeit eine breite Resonanz fand, wie die zahlreichen Kommentare und Leserbriefe, Fernsehberichte und Diskussionsrunden zeigten. Sie geriet zunehmend »zu einer politischen Grundsatzdebatte über das Geschichtsbild der Deutschen«¹ und berührte die Frage, was aus dem Umgang mit der jüngsten NS-Vergangenheit für ihr politisches Selbstverständnis folgen sollte.

Die vorliegende Arbeit verfolgt die Absicht, in Bezug auf diese – mittlerweile selbst schon historisch gewordene – Debatte zu klären, welche Umstände dazu führten, daß gerade um die Mitte der 1980er Jahre der Historikerstreit mit einer solchen Intensität ausbrach; eine Untersuchung seiner Ausgangsbedingungen und seiner Einbettung in den Gesamtzusammenhang der gesellschaftspolitischen und wissenschaftlichen ›Großwetterlage‹ also. Dazu wird sowohl zurückgegriffen auf die allgemeine politische Situation in der Bundesrepublik (Kap. 3) als auch auf Tendenzen innerhalb der Geschichtswissenschaft (Kap. 4). Am Ende eines jeden Kapitels soll jeweils ein zusammenfassendes Fazit des Vorangesagten gezogen werden. Es wird sich zeigen, daß das Klima seit dem Beginn der 80er Jahre (der sog. ›Tendenzwende‹) sich als äußerst günstig erwies, eine kontroverse Auseinandersetzung um die Interpretation der NS-Vergangenheit vom Zaun zu brechen.

Vorangestellt wird der Untersuchung ein kurzer Überblick über den Verlauf der eigentlichen Debatte, über die beteiligten Akteure und ihre Argumente (Kap. 2). Der Diskussionsverlauf soll hierbei nur in groben Zügen nachgezeichnet werden, insoweit dies dem Verständnis dienlich ist. Da hierzu im übrigen bereits eine Reihe von einschlägigen Dokumentationen erschienen sind, in denen die Beiträge im einzelnen nachgelesen werden können, sei an dieser Stelle darauf verwiesen.²

Die Literaturlage zum Historikerstreit ist – wie es angesichts der Brisanz dieser Debatte zu erwarten war – nahezu unübersichtlich, wobei die Mehrzahl der Autoren, besonders soweit diese selbst aktiv am Schlagabtausch beteiligt waren, eindeutig Stellung beziehen. Dem polarisierenden Charakter der Debatte gemäß, sind die eingenommenen Positionen insgesamt recht kontrovers – wobei auch von z.T. polemisierenden Anfeindungen nicht Abstand genommen wurde (s.u. Kap. 2.2). Auffallend ist, daß in der Literatur das gesamte politische Spektrum von extrem linken bis hin zu extrem rechten Positionen abgedeckt wird. Für die vorliegende Arbeit wurde versucht, eine gemäßigte Haltung einzunehmen und die Argumentation entsprechend auf solche sachlich-vermittelnden Beiträge, die den Anspruch der Wissenschaftlichkeit bewahren, zu stützen.

¹ Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.), *Von der Verdrängung zur Bagatellisierung? Aspekte des sogenannten Historikerstreits*, Hannover 1988, S. 7.

² Am vollständigsten die bereits kurz nach dem Höhepunkt der Debatte zusammengestellte Sammelpublikation aus dem Piper-Verlag: »Historikerstreit«. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich ³1987.

2. Die Debatte: Der »Historikerstreit« von 1986 – Akteure und Argumente

2.1 Der Verlauf der Debatte

Der Historikerstreit des Jahres 1986 (mit, wenn auch in der Schärfe deutlich gemäßigerer, Fortsetzung 1987) war geprägt von mehreren aufeinanderfolgenden Zeitungsartikeln und Publikationen. Charakteristisch war, daß sich die beteiligten Akteure zumeist zwei »Lagern« zuordnen ließen und auch ihre Publikationsmedien entsprechend auswählten (hier insbesondere die als konservativ geltende FAZ und die liberale ZEIT). Aufgrund der Komplexität der Debatte soll und kann an dieser Stelle kein kohärenter chronologischer Abriss erfolgen; es sollen vielmehr die Grundpositionen, soweit sie für das Verständnis der Diskussion notwendig sind, in übersichtlicher Form herausgestellt werden.

2.1.1 Die Auslösung der Debatte

Als Auslöser für den Historikerstreit lassen sich die nachfolgend aufgeführten drei Äußerungen renommierter deutscher Historiker ausmachen, die alle während des Jahres 1986 getätigt wurden. Diese drei Äußerungen zusammengenommen bildeten den unmittelbaren Anlaß für den Frankfurter Philosophen Jürgen Habermas, in einem kritischen ZEIT-Artikel das Wort zu ergreifen und damit den Stein eigentlich ins Rollen zu bringen (s.u. Kap. 2.1.2).

a) Das Buch von Andreas Hillgruber

Vom Kölner Historiker Andreas Hillgruber, einem weithin anerkannten Fachmann für die Geschichte des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs, veröffentlichte Anfang 1986 der Siedler-Verlag ein Buch, das zwei seiner zuvor schon anderweitig publizierten Aufsätze über das Ende des Deutschen Reiches und die Judenvernichtung durch die Nationalsozialisten enthielt.³

Vor allem der erste Aufsatz, der sich mit dem deutschen Zusammenbruch 1944/45 in Osteuropa beschäftigt, erregte die Gemüter in der nachfolgenden Debatte. Eine der Kernthesen Hillgrubers lautet, daß die Zerschlagung des Deutschen Reiches und die Vertreibung seiner Bevölkerung aus dem Osten ein Kriegsziel der Alliierten gewesen sei, das unabhängig von den Verbrechen der Nationalsozialisten formuliert worden war. Weiter betont Hillgruber die Bedeutung des Abwehrkampfes der Wehrmacht gegen die »Überflutung der Heimat durch die Rote Armee«⁴ zur Deckung der Flüchtlingsbewegungen. Mit den Weberschen Kategorien der Verantwortungs- und Gesinnungsethik stellt er das »verantwortungsethische« Handeln der Befehlshaber des deutschen Ostheeres, die sich nicht am Attentat des 20. Juli 1944 beteiligten, der bloß »gesinnungsethischen«⁵ Position eben jener Männer des 20. Juli gegenüber, denen er ein verantwortungsvolles Bewußtsein über die Folgen ihrer Tat – hier: bezogen auf die Situation der deutschen Bevölkerung im Osten – abspricht. In diesem Zusammenhang nun verläßt er den neutralen Standpunkt des Analytikers und fordert vom heutigen Historiker, sich mit dem konkreten Schicksal der dortigen Bevölkerung und den Bemühungen der Wehrmacht, diese vor der näherkommenden Roten Armee zu schützen, zu identifizieren. Hiermit betreibt er eine Zuspitzung, »die schließlich in der Frage mündet, ob der Fortgang der Vernichtungen in den Lagern in Kauf genommen werden müsse, um so, durch das Halten der Front, die Evakuierung eines möglichst großen Teils der deutschen Bevölkerung zu erreichen«.⁶

³ Andreas Hillgruber, *Zweierlei Untergang – Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums*, Berlin 1986.

⁴ Hillgruber, *Zweierlei Untergang*, S. 19.

⁵ Hillgruber, *Zweierlei Untergang*, S. 21.

⁶ Gerd Wiegel, *Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie – Vom Historikerstreit zur Walser-Bubis-Debatte*, Köln 2001, S. 89.

Im Unterschied zu der streckenweise emotionalen Schilderung v.a. der Greuelthaten der Roten Armee im ersten Aufsatz geht Hillgruber im zweiten Teil des Bandes sehr distanziert und sachlich der Frage nach, wie der Weg im nationalsozialistischen Deutschland zum Holocaust verlaufen ist. Er stellt dort insbesondere das Motiv des NS-Rassenwahns heraus, indem er die Gleichzeitigkeit des Überfalls auf die Sowjetunion mit den beginnenden Massenmorden schildert. Nicht zuletzt die etwas unglückliche, durch den Titel *Zweierlei Untergang* eine Verbindung assoziierende Zusammenstellung beider Aufsätze durch den Verlag, dazu versehen mit einem merkwürdigen, leicht irreführenden Klappentext, sollte sich im folgenden als ein Aufhänger für die Kritik erweisen.

b) Die Wortmeldungen von Michael Stürmer

Der Erlanger Historiker Michael Stürmer, »der als junger liberaler ... begann und inzwischen [1988] dem konservativen Spektrum zugerechnet wird«⁷, ist seit Beginn der 80er Jahre durch vereinzelte Äußerungen über die Bedeutung des Geschichtsbildes für die politische Kultur aufgefallen. Er plädierte für ein »positives Geschichtsbild«, das dazu beitragen soll, die Bundesrepublik fest an das westliche Bündnis zu binden. Ein so verstandenes Geschichtsbild müsse dazu dienen, der Bundesrepublik ihr Selbstbewußtsein wiederzugeben, das sie in die Lage versetzt, ihre internationale Rolle ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung entsprechend wahrzunehmen. In diesem Sinne komme der Geschichte die Bedeutung eines Orientierungspunktes für die Zukunft zu.

Dieser Forderung verlieh er Ausdruck in einem FAZ-Artikel vom 25. April 1986:⁸ »Wer aber meint, daß alles dies [gemeint ist das neu erwachte Interesse an der Geschichte, wie es besonders in einer Reihe großer Ausstellungen Anfang der 80er Jahre zum Ausdruck kam, J.P.K.] auf Politik und Zukunft keine Wirkung habe, der ignoriert, daß in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.«⁹ Geschichtsdeutung als Mittel zur Erlangung kultureller und politischer Hegemonie – das ist es, was Stürmer hier also unverhüllt fordert.

Allerdings würde es in die Irre führen, in Stürmer einen bloßen Nationalisten zu sehen;¹⁰ sein Ziel besteht, wie oben angedeutet, in der bedingungslosen Westanbindung der Bundesrepublik, wofür gerade die außenpolitische Berechenbarkeit und innenpolitische Stabilität eine unumgängliche Voraussetzung sind. So fordert er ein »verantwortungsvolles und verständliches Nationalbewußtsein«, wie er an anderer Stelle darlegt.¹¹ Dazu aber müsse das Bild, das die Deutschen von ihrer Nation haben, ein einheitliches und geschlossenes sein – was es in der momentanen Situation gerade nicht ist, wie Stürmer konstatiert. Es gelte deshalb, gerade die bundesrepublikanische Geschichte und die Leistungen ihrer »Gründergeneration« insbesondere auch gegenüber der NS-Zeit herauszustellen. In dieselbe Richtung weisen auch Stürmers Bemühungen um ein Museum für die Geschichte der Bundesrepublik in Bonn (s.u. Kap. 3.2.3).

⁷ Helga Grebing, Die nationale Frage im Urteil westdeutscher Historiker seit dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.), Von der Verdrängung zur Bagatellisierung? Aspekte des sogenannten Historikerstreits, Hannover 1988, S. 44.

⁸ In: »Historikerstreit«, S. 38-38.

⁹ In: »Historikerstreit«, S. 36.

¹⁰ Vgl. Wiegel, Zukunft, S. 73.

¹¹ In: »Historikerstreit«, S. 293.

c) Der Artikel von Ernst Nolte

Der Berliner Zeithistoriker und Philosoph Ernst Nolte, der in Fachkreisen seit längerem trotz oder gerade wegen seiner neue Ansätze verfolgenden Forschungsarbeiten zum Faschismus als »nonkonformistischer Vordenker«¹² gilt, ist als der unmittelbare Auslöser des Historikerstreits anzusehen, denn seine in einem FAZ-Aufsatz formulierten Thesen veranlaßten Jürgen Habermas seinerseits, mittels eines Zeitungsartikels zu reagieren (s.u. Kap. 2.1.2).

In seinem Beitrag in der FAZ vom 6. Juni 1986 unter dem Titel *Vergangenheit, die nicht vergehen will*,¹³ der ursprünglich als Rede für die Frankfurter Römerberggespräche geplant war, konstatiert Nolte zunächst den Wunsch vieler Deutscher, daß sich ihre Geschichte nicht mehr grundsätzlich von der anderer Länder unterscheiden solle. Er äußert die Vermutung, daß hinter der einseitigen Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit oftmals die Absicht stehe, von »entscheidenden Fragen der Gegenwart«¹⁴ abzulenken. Deshalb fordert er einen anderen, vergleichenden Zugang zur jüngeren deutschen Geschichte: Nolte bemerkt, daß es zwischen dem nationalsozialistischen und kommunistischen Herrschaftssystemen nicht bloß Ähnlichkeiten, sondern kausal-logische Zusammenhänge gegeben habe. Da das bolschewistische Regime zeitlich eher entstanden sei, habe Hitler seine verbrecherischen Taten sozusagen präventiv begangen, um sich vor der (angenommenen) Bedrohung, die von der Sowjetunion ausgehe, zu schützen und Stalin gewissermaßen zuvorzukommen. Diese These läßt Nolte in der seiner Ansicht nach »unvermeidbaren« rhetorischen Frage gipfeln: »Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine »asiatische« Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer »asiatischen« Tat betrachteten? War der Archipel Gulag ursprünglicher als Auschwitz?«¹⁵ Die Absicht, die hinter diesen Frage zu erkennen ist, läßt sich mit Charles S. Maier dahingehend deuten, den NS-Terror in einen historischen Kontext einzuordnen, um auf diese Weise den Deutschen einen produktiveren und weniger »schuldbesessenen« Umgang mit der Vergangenheit zu ermöglichen¹⁶ – eine Korrektur des bestehenden Geschichtsbildes also.

Hierbei handelt es sich im wesentlichen um Thesen, die Nolte bereits zuvor in verschiedenen Publikationen geäußert hatte.¹⁷ Allerdings erfahren sie in dem Aufsatz in der FAZ eine eigentümliche Zuspitzung. Noltés »zuweilen ziemlich unpassend[e]«¹⁸ Äußerungen sind in der Tat provozierend. Seine Argumentation rückt ihn bisweilen gefährlich nahe an die Position neofaschistischer Vertreter,¹⁹ doch muß darauf hingewiesen werden, daß er in seinem gesamten umfangreichen Schrifttum niemals eine moralische Rechtfertigung oder Entschuldigung der NS-Verbrechen anklingen ließ, und selber mehrfach unmißverständlich auf die Schrecklichkeit jener Verbrechen hingewiesen hat. Es geht Nolte »nicht um apologetische Reinwaschung der Massenverbrechen der Nazis, sondern um ihre Deutung im europäischen Zusammenhang eines »Bürgerkriegs«, der durch die Machtübernahme der Bolschewiki 1917 ausgelöst worden sei.«²⁰ Dieser vergleichend-einordnende Ansatz durchzieht das gesamte wissenschaftliche Schrifttum Noltés.

2.1.2 Die Kritik von Jürgen Habermas

¹² Hans Mommsen, Aufarbeitung und Verdrängung. Das Dritte Reich im westdeutschen Geschichtsbewußtsein, in: Dan Diner (Hg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt a.M. 1987, S. 81.

¹³ In: »Historikerstreit«, S. 39-47.

¹⁴ In: »Historikerstreit«, S. 41.

¹⁵ In: »Historikerstreit«, S. 45.

¹⁶ Vgl. Charles S. Maier, Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und die nationale Identität der Deutschen, Frankfurt a.M./New York 1992, S. 40.

¹⁷ Vgl. Jürgen Elvert, Nationalsozialismus, Nationalbewußtsein und deutsche Identität. Eine Erinnerung an den Historikerstreit von 1986, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45, 1997, S. 50-51.

¹⁸ Jürgen Peter, Der Historikerstreit und die Suche nach einer nationalen Identität der achtziger Jahre (= Europäische Hochschulschriften Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd. 288), Frankfurt a.M. u.a. 1995, S. 98.

¹⁹ So beispielsweise, wenn er die 1939 an England gerichtete Note des Jüdischen Weltkongresses unter Chaim Weizmann, die Juden würden an der Seite Englands kämpfen, als völkerrechtliche »Kriegserklärung« an Deutschland wertet und daraus ein – wengleich nur im Selbstverständnis der NS-Täter so gesehenes – Recht zur Internierung der Juden als Kriegsgefangene ableitet. Vgl. Peter, Historikerstreit, S. 123-126.

²⁰ Peter, Historikerstreit, S. 100.

Die eigentliche, »Historikerstreit« genannte Debatte eröffnete der Frankfurter Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas mit seinem Aufsatz *Eine Art Schadensabwicklung*, der am 11. Juni 1986 in der Wochenzeitschrift DIE ZEIT erschien.²¹ In ihm warf er insbesondere den vorgenannten Historikern Hillgruber, Stürmer und Nolte vor, »den Nationalsozialismus gleichsam historisch ei[zu]lebnen« und »zu einem nicht singulären, die deutsche Geschichte von der Geschichte anderer Völker negativ abhebenden, Fall«²² zu machen, was auch aus dem Untertitel des Aufsatzes deutlich wird: *Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung*.

Insbesondere Michael Stürmer trifft seine Kritik. An seiner Position mißfällt Habermas die von jenem explizit geforderte Instrumentalisierung der Geschichte zur Förderung eines nationalen Konsens und einer nationalen Identität. Er wirft ihm das Bestreben einer »funktionalen Deutung des historischen Bewußtseins«²³ vor, um auf diese Weise der Geschichte jene Sinnstiftungsfunktion zukommen zu lassen, die in der Vergangenheit die Religion oder die Nation erfüllt haben.

Bei Andreas Hillgruber verortet Habermas eine »revisionistische Operation«²⁴ des traditionellen Geschichtsbildes. Insbesondere der Ansatz Hillgrubers, die Vertreibung der deutschen Bevölkerung und den Abwehrkampf gegen die Rote Armee gerade nicht in einen engeren Zusammenhang mit der Judenvernichtung zu stellen, sondern auf die davon losgelöste Kriegszielpolitik der Alliierten zu verweisen, empfindet Habermas als höchstproblematisch. Auf diese Weise würde der Vertreibung der Deutschen eine eigene Singularität zudedacht, die sie nicht mehr als eine Antwort auf die Verbrechen in den Konzentrationslagern, sondern als Ergebnis der Alliierten Kriegsziele erscheinen läßt. Er verurteilt weiter die einseitige Identifizierung mit dem deutschen Ostheer und ihren Befehlshabern, die Hillgruber in seinem ersten Aufsatz in dem Band *Zweierlei Untergang* vornimmt, genauso wie die Anwendung der Begriffe des »verantwortungs-« und »gesinnungsethischen Handelns«. Der stilistische Duktus der gesamten Darstellung ähnele der »Rhetorik von Kriegsheftchen«²⁵, insbesondere wenn Hillgruber der einen aggressiven Gegner voraussetzenden »Zerschlagung« des Deutschen Reiches nüchtern das »Ende« des europäischen Judentums gegenüberstellt.²⁶ Die unterschiedliche Sprache beider Aufsätze erscheint Habermas als ein Hinweis auf eine je unterschiedliche Wahrnehmung beider Ereignisse.

Bei Ernst Nolte schließlich registriert Habermas, in Anlehnung an die gegen Hillgruber gerichteten Vorwürfe, das Bestreben, die Deutschen von ihrer direkten Verantwortung für den Nationalsozialismus zu entlasten. Indem die NS-Vergangenheit in die Reihe anderer europäischer Verbrechen eingeordnet, ja gar eine kausale Verbindung hergestellt wird (*Gulag ursprünglicher als Auschwitz*), werden die NS-Verbrechen ihrer Singularität beraubt und als bloße Antwort auf eine bolschewistische Bedrohung interpretiert, wobei die Brisanz gerade darin besteht, daß diese Bedrohung in Form des damaligen Blockgegners Sowjetunion als immer noch akut angesehen werden könne. Hier zeigt sich nach Habermas die angestrebte ideologische Funktion dieser »Relativierung«: Der antibolschewistische Kampf von einst könne fortgesetzt werden, nur diesmal eben mit den richtigen Verbündeten (»Heute wenigstens stimmt die Allianz«).²⁷

Habermas trauert einem geschlossenen und einheitlichen nationalen deutschen Geschichtsbild, wie es von den von ihm so apostrophierten »Regierungshistorikern«²⁸ – d.h. der konservativ geführten Regierung und ihrer Geschichtsvorstellung nahe stehend – vermeintlich gefordert wird, nicht nach. Statt dessen schließt er seinen Aufsatz mit einem Plädoyer für ein nichtnationalisti-

²¹ In: »Historikerstreit«, S. 62-76.

²² Karl-Ernst Jeismann, *Geschichte in der Wahrnehmung der Gegenwart: politisches Argument oder politische Bildung?*, in: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Hg.), *Streitfall Deutsche Geschichte. Geschichts- und Gegenwartsbewußtsein in den 80er Jahren*, Essen 1988, S. 49.

²³ In: »Historikerstreit«, S. 62.

²⁴ In: »Historikerstreit«, S. 63.

²⁵ In: »Historikerstreit«, S. 66.

²⁶ Die Tatsache, daß diese Aufsätze unabhängig voneinander verfaßt wurden und nur in dem Siedler-Band vom Verlag – freilich in unglücklicher Weise – zusammengestellt wurden, übersieht Habermas hierbei allerdings.

²⁷ In: »Historikerstreit«, S. 66.

²⁸ In: »Historikerstreit«, S. 74.

sches Konzept kollektiver Identitätsbildung – dem »Verfassungspatriotismus«, welcher in seinen Augen »der einzige Patriotismus [ist], der uns nicht dem Westen entfremdet.«²⁹

2.1.3 Der Fortgang der Debatte

Mit seinem ZEIT-Artikel hat Habermas eine »Lawine losgetreten, in deren Folge ein bemerkenswerter Simplifizierungsprozeß einsetzte.«³⁰ Der weitere Verlauf der Debatte braucht hier nicht *en detail* nachgezeichnet zu werden, zumal die Grundpositionen bereits mit den erwähnten Beiträgen abgesteckt waren und in der Folge eine zunehmende Verhärtung der Fronten zu beobachten war, so daß insgesamt wenig ertragreiche und neue Ansätze herauskamen.³¹

Die Debatte zog sich im wesentlichen hinein bis in das Jahr 1987, wenn auch am Ende mit deutlich abnehmender Intensität. Der Hauptaustragungsort sollten die überregionalen Tages- und Wochenzeitungen bleiben (besonders die Feuilleton- und Leserbriefabteilungen); dazu erschienen einige Publikationen in Buchform, die sowohl polemische Stellungnahmen respektive Rechtfertigungen als auch sachlich-neutrale Analysen sowie Dokumentationsbände umfaßten.

Insgesamt ließ sich eine eigentümliche Zwei-Gruppen-Bildung erkennen: Die Gräben verliefen zwischen den Befürwortern der Position Hillgrubers, Stürmers und Nolte auf der einen Seite und den Unterstützern des Habermas-Standpunktes auf der anderen Seite, bei im einzelnen freilich variierenden Ansichten und Argumentationsansätzen. Zu der ersten Gruppe sind v.a. eher konservativ eingestellte Historiker zu zählen, wie Thomas Nipperdey, Horst Möller, Klaus Hildebrand und besonders der FAZ-Mitherausgeber Joachim Fest. Habermas dagegen erhielt vornehmlich Unterstützung von Seiten der »Bielefelder Schule« um Hans-Ulrich Wehler und dieser nahestehender, dem linken politischen Spektrum zuzurechnenden Historiker wie Hans Mommsen und Wolfgang J. Mommsen, Eberhard Jäckel und Micha Brumlik. Eine gewisse Außenseiterposition nahm der Herausgeber des SPIEGEL, Rudolf Augstein, ein, der einen umstrittenen, ausgesprochen polemisch-journalistischen Beitrag beisteuerte, in dem er u.a. Hillgruber als »konstitutionellen Nazi«³² diffamierte. Daneben versuchten einige Historiker, eine »nuancierende Mittelposition«³³ einzunehmen, wie dies z.B. Martin Broszat, Heinrich-August Winkler und Christian Meier taten. Sie plädierten v.a. für eine Versachlichung der Argumentation.³⁴

2.2 Der Charakter der Debatte

Der Historikerstreit unterscheidet sich grundlegend von allen zuvor in der Bundesrepublik geführten Debatten mit historischem Kontext. »Entgegen früheren Diskussionen, wie z.B. der sogenannten Fischer-Kontroverse Anfang der 60er Jahre, die von Fritz Fischers Veröffentlichung *Der Griff nach der Weltmacht* ausging, und Forschungen zur Kriegsursache des Ersten Weltkriegs im Wilhelminischen Kaiserreich auswertete, geht es bei dem Historikerstreit nicht um die Vorstellung neuer Erkenntnisse bisher nicht berücksichtigter Quellen oder gar heuristischer geschichtswissenschaftlicher Prinzipien und ihrer Evaluierung.«³⁵

So ist der Streit von 1986 weit davon entfernt, eine rein fachwissenschaftliche Auseinandersetzung zu sein – er hat vielmehr den Charakter einer politisch motivierten Grundsatzdebatte über das historische Selbstverständnis der Deutschen gehabt. Imanuel Geiss notiert hierzu, daß der

²⁹ In: »Historikerstreit«, S. 75.

³⁰ Elvert, Nationalsozialismus, S. 55.

³¹ Vgl. die chronologische Sammlung der wichtigsten Beiträge in der Dokumentation »Historikerstreit«.

³² In: »Historikerstreit«, S. 198.

³³ Imanuel Geiss, Die Habermas-Kontroverse. Ein deutscher Streit, Berlin 1988, S. 27.

³⁴ Daneben sei darauf verwiesen, daß auch im Ausland der Historikerstreit wahrgenommen wurde und sich auch außerdeutsche Wissenschaftler in der Debatte zeitweise zu Wort meldeten. Jürgen Elvert vermerkt hierzu: »Noch fataler als im Inland war die Rezeption des Historikerstreits im Ausland – dort wurde die Diskussion eine Zeitlang tatsächlich als Spiegel eines Versuchs gewertet, mit dem eine Gruppe regierungsnaher deutscher Historiker die Deutschen aus ihrer historischen Verantwortung befreien wollte.« Elvert, Nationalsozialismus, S. 56.

³⁵ Peter, Historikerstreit, S. 17.

Historikerstreit von Anfang an stets unter dem »Primat des Politischen« stand.³⁶ Dies spiegelt auch die äußere Form der Auseinandersetzung wider, wurde sie doch vornehmlich mit den Mitteln der politischen Rhetorik geführt; dies schließt v.a. eine oftmals undifferenzierte, plakativ wirkende Sprache ein.³⁷

Die Diskussion verlief vorwiegend in der Öffentlichkeit (den Spalten der überregionalen Tages- und Wochenzeitungen) und nur sehr marginal in den einschlägigen Fachorganen, die von der Öffentlichkeit zumeist nicht wahrgenommen werden. Auffallend ist auch der Kreis der Beteiligten: Die Diskussion wurde im wesentlichen geführt von einer Handvoll prominenter Vertreter der Geschichtswissenschaft – bei einer geschätzten Zahl von 650 Universitätsprofessoren und 5000 Berufshistorikern³⁸ also so wenig, daß man richtigerweise nicht von einem »Historikerstreit« sprechen dürfte –, darüber hinaus meldeten sich viele fachfremde Diskutanten zu Wort: Journalisten, Philosophen, nicht zuletzt auch Politiker.

Daß es insgesamt weniger um die (sachlich-wissenschaftliche) Klärung der aufgeworfenen Fragen, sondern um eine von politisch-ideologischen Interessen geleitete Auseinandersetzung ging, zeigt auch ein Blick auf die Diskussionskultur, d.h. den jeweiligen Umgang mit dem »Gegner« und seinen Argumenten. Einige der Vorwürfe hätten sicherlich entkräftet werden können, wenn nicht nur einzelne Aussagen gleichsam aus dem Zusammenhang gerissen worden wären, sondern die z.T. sehr umfangreiche gesamte wissenschaftliche Arbeit der beteiligten Akteure eingesehen worden wäre, wie dies bei fachlichen Debatten sonst üblich ist.³⁹ Jürgen Elvert stellt fest, daß einige Äußerungen im Verlauf der Debatte »bei genauerer Kenntnis der Argumente und Standpunkte nicht gefallen« wären.⁴⁰ So zeichnet sich der Historikerstreit v.a. durch ein Übermaß an unsachlichen und polemischen Äußerungen aus, die häufig den Charakter persönlich-diffamierender Angriffe und Unterstellungen aufweisen.⁴¹

3. Die Ausgangslage I: Der politische Rahmen

Nachdem im vorangegangenen Kapitel die eigentliche Debatte in ihren Grundzügen nachgezeichnet wurde, wollen wir uns nun dem erweiterten Umfeld widmen, in dem der Historikerstreit stattfand. Die Tatsache, daß es keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse waren, die den Historikerstreit auslösten, läßt die Frage nach dem Zeitpunkt der Debatte aufkommen: Warum brach sie gerade um die Mitte der 80er Jahre aus, und welche Voraussetzungen waren dafür gegeben? Hans-Ulrich Wehler will den Historikerstreit nicht erst mit den Zeitungsartikeln von Nolte und Habermas beginnen lassen, und Ulrich von Hehl stellt fest, daß der Historikerstreit »seine Schatten seit längerem voraus[warf]«. ⁴² Im folgenden soll es zunächst um die Analyse der *politischen Rahmenbedingungen* besonders seit der als konservative »politische Wende« apostrophierten Ablösung der sozialliberalen Koalition durch die Regierung Kohl-Genscher gehen. Im nächsten Kapitel (Kap. 4) wollen wir unser Augenmerk dann auf den *wissenschaftlichen Rahmen* richten und fragen, inwiefern sich auch in der Geschichtswissenschaft Anzeichen für eine Neu- bzw. Umorientierung bezüglich bisheriger Methoden und Fragestellungen beobachten lassen.

³⁶ Geiss, Habermas-Kontroverse, S. 15.

³⁷ Vgl. Jeismann, Geschichte, S. 44, der als Beispiele Wendungen wie »Entsorgung« der Vergangenheit, »eine Art »Schadensabwicklung« durch Umdeutung der Vergangenheit« oder das »Büßerhemd, in das man das deutsche Volk stecken wolle« benennt.

³⁸ Stand 1992; vgl. Peter, Historikerstreit, S. 12.

³⁹ Vgl. Wolfgang Marienfeld, Der Historikerstreit, Hannover 1987, S. 24, der insbesondere Habermas zum Vorwurf macht, die in früheren Werken getätigten Aussagen Noltés zum Nationalsozialismus nicht zu berücksichtigen; ein Fehler, durch den der pauschale Vorwurf der »NS-Apologie« hätte vermieden werden können.

⁴⁰ Elvert, Nationalsozialismus, S. 56.

⁴¹ Als »Höhepunkt« in dieser Hinsicht ist wohl die oben erwähnte Titulierung Hillgrubers als eines »konstitutionellen Nazis« durch Rudolf Augstein im SPIEGEL anzusehen.

⁴² Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum »Historikerstreit«, München 1988, S. 12 und Ulrich von Hehl, Kampf um die Deutung. Der Nationalsozialismus zwischen »Vergangenheitsbewältigung«, Historisierungspostulat und »neuer Unbefangenheit«, in: Historisches Jahrbuch 117, 1997, S. 425.

3.1 Veränderungen des gesellschaftspolitischen Klimas seit der Mitte der 70er Jahre

Auf die unter dem Schlagwort ›Reformperiode‹ subsumierte Zeit der Ära Willy Brandt folgte nach dessen Rücktritt 1974 mit der sog. »Tendenzwende« die Zeit des ›Krisenmanagements‹ unter Helmut Schmidt. Diese ›Krise‹ äußerte sich durch eine zunehmende Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Lage – spürbar durch eine wachsende Inflation, eine Explosion des Ölpreises und steigende Arbeitslosigkeit – und eine Zuspitzung des innenpolitischen Klimas, besonders manifestiert durch die terroristischen Anschläge der RAF. Auch außenpolitisch ergaben sich neue Spannungen, die in eine neue Phase des Wettrüstens mündeten und in der Auseinandersetzung um die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden (sog. NATO-Doppelbeschluss von 1979) auch innenpolitischen Zündstoff bargen. Als Reaktion hierauf breitete sich in Deutschland eine grundsätzlich reformfeindliche Stimmung aus, die einherging mit einem allgemeinen Orientierungsproblem.⁴³

In dieser Situation begann auch die »intellektuelle Dominanz«⁴⁴ der linken Historiker, Philosophen und Sozialwissenschaftler zu bröckeln. Hatten diese seit etwa Mitte der 60er Jahre in der deutschen Öffentlichkeit – begünstigt von dem allgemeinen gesellschaftskritischen Klima der Studentenbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition – in der deutschen Öffentlichkeit so etwas wie die ›Meinungsführerschaft‹ übernehmen können, so setzte mit der ›Tendenzwende‹ von 1974 eine Gegenbewegung von rechts ein.⁴⁵ Man kann davon ausgehen, daß sich die linksorientierten Intellektuellen nach der ›politischen Wende‹ durch den Regierungswechsel 1982 noch weiter herausgefordert sahen. Jedenfalls ermutigte der Regierungswechsel viele konservative Intellektuelle, wieder die Initiative zu ergreifen und zahlreiche der in den 70er Jahren eingeleiteten Reformschritte als Irrwege zu verwerfen. Dies kann letztlich auch partiell die in der Form z.T. sehr scharfe Reaktion der ›Linken‹ während des Historikerstreits erklären: »Liberale und sozialdemokratische Historiker inszenierten eine vehemente Verteidigung dessen, was sie in den 60er und 70er Jahren erreicht hatten.«⁴⁶

Diese Tendenzen mögen auch ursächlich für den Umstand sein, daß die 80er Jahre in ihrer Grundstimmung durchaus als »vergangenheitsbezogen« bezeichnet werden können, etwa gegenüber den »utopiefreudigen« 70er Jahren oder den »fortschrittseuphorischen« 60er Jahren.⁴⁷ Augenscheinlich wird dies besonders an den großen rasch aufeinanderfolgenden Ausstellungen zur deutschen Geschichte, die sich Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre in weiten Teilen der Bevölkerung großer Beliebtheit erfreuen konnten.⁴⁸ Offenbar diente die auf diese Weise vergegenwärtigte Vergangenheit und der überwiegend affirmative Rückbezug auf sie als ein Mittel der eigenen Standpunktbestimmung und der Zukunftsorientierung in der als zunehmend unsicher empfundenen Zeit.

Das neu erwachte Geschichtsbewußtsein wurde von den konservativen Regierungspolitikern massiv unterstützt.⁴⁹ Insbesondere die Bezugsgröße ›Nation‹, die Frage der Herstellung einer ›na-

⁴³ Vgl. Dietrich Thränhardt, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a. M. 1996, S. 210.

⁴⁴ Geiss, *Habermas-Kontroverse*, S. 19.

⁴⁵ Vgl. Geiss, *Die Habermas-Kontroverse*, S. 20. Als Hauptprotagonisten dieser beiden Richtungen lassen sich schon in den 70er Jahren die sich später im Historikerstreit gegenüberstehenden Personengruppen erkennen: Jürgen Habermas, Hans-Ulrich Wehler, Hans Mommsen und Wolfgang J. Mommsen auf der einen Seite; Ernst Nolte, Andreas Hillgruber und Michael Stürmer auf der anderen Seite.

⁴⁶ Richard J. Evans, *Im Schatten Hitlers? Historikerstreit und Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik*, Frankfurt a.M. 1989, S. 38.

⁴⁷ Vgl. Günter Wichert/Ulrich Heinemann, *Zwischen den Zeiten: Geschichts- und Gegenwartsbewußtsein in der Bundesrepublik der achtziger Jahre: Eine Einführung*, in: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Hg.), *Streitfall Deutsche Geschichte. Geschichts- und Gegenwartsbewußtsein in den 80er Jahren*, Essen 1988, S. 3.

⁴⁸ Besonders hervorzuheben sind hier die sich als Publikumsmagneten erwiesen habenden Stauferausstellung in Stuttgart 1977, die Wittelsbacher Ausstellung in München 1980 und die Preußenausstellung in Berlin 1981, in deren Folge eine regelrechte ›Preußenwelle‹ zu beobachten war.

⁴⁹ Wobei darauf hinzuweisen ist, daß ein positiver Bezug zur Geschichte von politischer Seite nicht erst seit der ›Wenderegierung von 1982 eingefordert wird, sondern bereits in den 70er Jahren derartige Tendenzen zu erkennen waren, als etwa 1976 Bundespräsident Walter Scheel die Warnung aussprach: »Wir sind in Gefahr, ein geschichtsloses Land zu werden«, und 1978 Bundeskanzler Helmut Schmidt von der Geschichtswissenschaft einen Beitrag zur »Bewältigung der Orientierungsschwierigkeiten unserer Tage« verlangte. Zit. nach Wiegel, *Zukunft*, S. 53.

tionalen Identität« erwies sich als zentraler Angelpunkt dieser Bemühungen, wie im folgenden näher herausgestellt werden soll.

3.2 Auf der Suche nach »nationaler Identität«

Als Antwort auf die seit Mitte der 70er Jahre konstatierte Verunsicherung der Bundesbürger bot sich der positive Rückgriff auf die Geschichte als zentraler Instanz von Sinnstiftung und Orientierung an. Zumal in konservativen Kreisen war man gewillt, der »Nation« einen neuen Stellenwert zukommen zu lassen und der Identitätskrise durch eine neuzuerweckende *nationale* Identität beizukommen.⁵⁰ Dies mag begründet sein in der allgemein-tendenziellen Affinität des Konservatismus zum (gemäßigten) Nationalismus, implizierte in der aktuellen Situation nun aber gleichzeitig zwei konkrete politische Stoßrichtungen: Zum einen eine »gegen den zweiten deutschen Staat gerichtete deutschlandpolitische Ausrichtung und eine auf die faschistische Vergangenheit gerichtete geschichtspolitische.«⁵¹

Die deutschlandpolitische Komponente wurde von der Regierung Kohl offensiv vertreten – sie beinhaltete das Streben nach Überwindung der deutschen Teilung, die Doktrin des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik sowie, in unserem Zusammenhang besonders bedeutend, die These von der *einen* deutschen Nation. Die geschichtspolitische Seite der erstrebten »Renationalisierung« bezog sich dagegen auf die Erweiterung des Geschichtsbildes auf die deutsche Vergangenheit jenseits des Nationalsozialismus, die eine »positive« Identifikation ermöglichen sollte.⁵²

Allgemein festzustellen bleibt somit, daß zu Beginn der 80er Jahre der »Ruf nach einer neuen historischen Bestimmung des eigenen Standorts«⁵³ kennzeichnend war. Dafür lassen sich verschiedene Manifestationen im politischen Alltag dieser Jahre ausmachen, wie im folgenden exemplarisch dargelegt werden soll.

3.2.1 Äußerungen konservativer Politiker

Programmatisches für die geschichtspolitische Richtung der liberal-konservativen Regierung enthält bereits die erste Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl vom 13. Oktober 1982, in der in komprimierter Form die Leitlinien des Kurses der neuen »Koalition der Mitte« unter der Leitlinie der »Politik der Erneuerung« abgesteckt wurden: »[Z]ur Erneuerung gehört die Besinnung auf die deutsche Geschichte. Der Nationalstaat der Deutschen ist zerbrochen. Die deutsche Nation ist geblieben, und sie wird fortbestehen.«⁵⁴ Daß die Deutschen wieder »die Würde des aufrechten Gangs« gelernt hätten, stellt Kohl im Zusammenhang der Würdigung der Leistungen konservativ geführter Vorgängerregierungen in der Bundesrepublik und in Anlehnung an ein Zitat Ernst Blochs besonders heraus.⁵⁵

Daß der hier angeschlagene Ton eine Grundstimmung konservativer Politiker traf, läßt sich durch eine Reihe weiterer Äußerungen von Teilen der politischen Eliten aus den frühen 80er Jahren belegen. Als typisch anzusehen ist die Argumentation des CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Alfred Dregger in einer Bundestagsdebatte von 1983. Er bemängelt, daß »zwischen 1965 und 1975 ... ein Bruch mit der Mehrzahl der Traditionen stattgefunden [habe], die zur Substanz unserer nationalen Identität gehört haben und gehören«, und forderte folgerichtig, »unsere nationale Identität in der Identität unserer Werte wiederherzustellen«, als welche er

⁵⁰ Als Ausdruck dieses Bewußtseinswandels vgl. z.B. den Artikel von Joachim Fest in der FAZ vom 29. September 1982, in dem er es begrüßt, daß nach einer langen Zeit des Schweigens die Frage der Nation wieder gestellt werde. Vgl. Wiegel, Zukunft, S. 55.

⁵¹ Wiegel, Zukunft, S. 53-54.

⁵² Vgl. Wiegel, Zukunft, S. 55-56.

⁵³ Wolfgang J. Mommsen, Nation und Geschichte, München 1990, S. 70.

⁵⁴ Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 13. Oktober 1982, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Bundeskanzler Helmut Kohl. Reden 1982-1984, Bonn 1984, S. 43.

⁵⁵ Regierungserklärung, S. 16.

vorrangig die »Tugenden des Preußentums« ausmachte.⁵⁶ Drei Jahre später knüpfte er an diese Aussage erneut im Bundestag an: »Beklagenswert ... sind Geschichtslosigkeit und daraus erwachsende Rücksichtslosigkeit gegenüber der eigenen Nation. (...) Wer die Vergangenheitsbewältigung ... dazu mißbraucht, unser Volk zukunftsunfähig zu machen, dem muß widersprochen werden.«⁵⁷ Weitere Beispiele ließen sich anführen: Der ehemalige Bundespräsident Karl Carstens notierte 1986 sein Bedauern darüber, daß die »jetzt heranwachsende Generation ... einfach nicht glauben [will], daß viele der Schreckenstaten des nationalsozialistischen Herrschaftssystems der Mehrheit der Deutschen jener Epoche nicht bekannt gewesen sind«. Erstrebenswert erschien ihm, daß die Deutschen zu ihren »frühere[n] vaterländische[n] Traditionen« zurückkehrten.⁵⁸ Auch Bundeskanzler Kohl erregte die Gemüter, als er als »erste[r] Bundeskanzler ... aus der Generation nach Hitler« »die Gnade der späten Geburt« für sich reklamieren wollte.⁵⁹ Auch mit seinem umstrittenen Gorbatschow-Goebbels-Vergleich in einem *Newsweek*-Interview vom 15. Oktober 1986, mit dem er seine Überzeugung von der Wesensverwandtschaft von Nationalsozialismus und Kommunismus kundtat, sorgte er international für einiges Aufsehen.⁶⁰

Vielleicht am prononciertesten äußerte sich der Bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß – freilich in seiner oftmals beißenden rhetorischen Schärfe insgesamt weit davon entfernt, die Mehrheit der konservativen Politiker zu repräsentieren –, als er forderte, die Deutschen müßten sich endlich den »gebückten Gang des schuldbeladenen Sklaven der Geschichte« abgewöhnen und »wieder den »aufrechten Gang« lernen«. Und weiter: Es sei an nun an der Zeit, »aus dem Schatten Hitlers« herauszutreten und den »Anspruch auf Normalität« anzumelden.⁶¹ Das CSU-Organ *Bayernkurier* folgte dieser Linie, als es in Bezug auf den 40. Jahrestag der Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands meinte, dieses Ereignis als Tag der Befreiung zu feiern, sei »blasphemisch und würdelos (...), eine nationale Selbsterniedrigung (...) [und] nützliches Idiotentum im Sinne Lenins«.⁶²

Die relative Brisanz solcher und anderer öffentlich getätigter Äußerungen liegt darin, daß derartige Parolen, die bisher nur eine »Außenseiterphilosophie« darstellten, durch die Übernahme durch prominente Politiker gleichsam hoffähig gemacht werden. Die Gefahr, das dadurch auch rechtsextremes Gedankengut in Deutschland wieder respektabel gemacht wird, ist wohl im allgemeinen als sehr hoch einzuschätzen⁶³ (vgl. z.B. den Aufstieg der REPUBLIKANER Ende der 80er Jahre, die nicht zuletzt von dieser Stimmungslage profitieren konnten).

⁵⁶ Zitiert nach Arno Klönne, »Nationale Identität« und deutsche Geschichte, in: Hans-Hermann Wiebe (Hg.), *Die Gegenwart der Vergangenheit. Historikerstreit und Erinnerungsarbeit* (= *Zeitkritische Beiträge der Evangelischen Akademie Nordelbien* 2), Bad Segeberg 1989, S. 15-16.

⁵⁷ Zitiert nach Reinhard Kühnl, *Ein Kampf um das Geschichtsbild: Voraussetzungen – Verlauf – Bilanz*, in: Reinhard Kühnl (Hg.), *Vergangenheit, die nicht vergeht. Die »Historiker-Debatte«. Darstellung, Dokumentation, Kritik*, Köln 1987, S. 224-225.

⁵⁸ Zitiert nach Evans, *Im Schatten Hitlers?*, S. 34.

⁵⁹ Zitiert nach Evans, *Im Schatten Hitlers?*, S. 32.

⁶⁰ Vgl. Evans, *Im Schatten Hitlers?*, S. 32.

⁶¹ Zitiert nach Evans, *Im Schatten Hitlers?*, S. 34. Diese Äußerung von Strauß datiert zwar aus dem Jahr 1987, deckt sich aber im Grundtenor mit früheren Stellungnahmen in Reden und Medieninterviews.

⁶² Zitiert nach Kühnl, *Kampf um das Geschichtsbild*, S. 221.

⁶³ Gerade die oftmals dahinter stehende Strategie, Wählerpotential von rechts zu gewinnen (wie dies insbesondere auf die Strauß'schen Wortmeldungen zutrifft), zeigt, daß hier auch handfeste politische Interessen zum Ausdruck kommen. Vgl. Herbert Obenaus, *Relativierung der NS-Verbrechen?*, in: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.), *Von der Verdrängung zur Bagatellisierung? Aspekte des sogenannten Historikerstreits*, Hannover 1988, S. 24

3.2.2 Symbolische Politik – »Bitburg«

Symbolische Politik meint die in den Massenmedien und mit ihrer Hilfe vorgenommene Inszenierung von politischen Handlungen mit dem Ziel, den dahinter stehenden politischen Maßnahmen auf diese Weise besondere Glaubwürdigkeit und Akzeptanz in der Bevölkerung zu verleihen.⁶⁴ Als Handlungen in diesem Sinne anzusehen sind die als Versöhnungsgesten gedachten Treffen von Verdun und von Bitburg.

In Verdun kam es am 22. September 1984 zu einem bedeutungsschweren Zusammenkommen zwischen dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl, die sich im Angesicht der Schützengräben des Ersten Weltkriegs demonstrativ die Hände reichten. Konnte diese Geste noch als Akt der Versöhnung mit dem französischen Nachbarland auf breitere Zustimmung stoßen, so führte das Treffen von Bitburg zwischen dem US-Präsidenten Ronald Reagan und Bundeskanzler Kohl zum Eklat. Kritiker wollten in diesem Ereignis gar eine Revision des bisher im Konsens entworfenen deutschen Geschichtsbildes sehen.⁶⁵ Was war passiert? US-Präsident Reagan war am 5. Mai 1985, aus Anlaß des 40. Jahrestags der Kapitulation Deutschlands, zu einem gemeinsamen Besuch eines Soldatenfriedhofs in Bitburg in der Eifel mit Bundeskanzler Kohl zur Niederlegung eines Kranzes in die Bundesrepublik gekommen. Beide Bündnispartner wollten dieses Treffen »als symbolische Beendigung der Bewährungsfrist für eine historische moralische Schuld inszenieren«, als demonstrativen »Akt der Versöhnung«.⁶⁶ – Wie sich allerdings kurz zuvor herausstellte, diente der Friedhof auch 49 Angehörigen der Waffen-SS als letzte Ruhestätte. Der Staatsakt jedoch fand trotzdem statt, nachdem insbesondere die Bundesregierung mit Nachdruck auf die Durchführung des geplanten Programms bestanden hatte (mit dem Argument, ein Rückzieher des US-Präsidenten komme einem öffentlichen Affront gleich).⁶⁷ Ergänzt wurde die Ehrung auf dem Soldatenfriedhof dann immerhin noch um ein Gedenken im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen.

Beide Ereignisse können vollends nur verstanden werden, wenn sie im Zusammenhang der weltpolitischen Begleitumstände jener Zeit betrachtet werden. Zu Beginn der 80er Jahre erreichte die Ost-West-Konfrontation eine neue Qualität, als die Sowjetunion in Afghanistan einmarschierte und US-Präsident Reagan mit Blick auf den Blockgegner vom »Reich des Bösen« sprach; mit den Nachrüstungsbeschlüssen und dem amerikanischen SDI-Programm ging das Wettrüsten in eine neue Runde. In dieser Situation nun galt es, die Bundesrepublik in ihrer Funktion als »Bollwerk gegen den Osten«⁶⁸ zu stärken und ihr Selbstbewußtsein anzuheben, damit sie ihre Rolle als Verbündeter dezidiert erfüllen konnte. Die NATO-Partner der Bundesrepublik hatten in diesem Sinne ein vitales Interesse an einer »deutschen Normalität«, was auch bedeutete, die als Last empfundenen negativen Seiten der Vergangenheit zugunsten der positiveren abzuwerten, sprich: aus dem öffentlichen Bewußtsein zu entfernen.⁶⁹ Die liberal-konservative Bundesregierung hatte diesbezüglich keine Bedenken und ging diesen Kurs mit entschiedener Entschlossenheit mit, augenscheinlich bemüht um Schritte in Richtung »Normalisierung«.

3.2.3 Museumsprojekte der Bundesregierung

In obigem Zusammenhang – dem Wunsch nach Vermittlung eines positiven, affirmativen Geschichtsbildes – betrachtet werden können auch die beiden großen Projekte zur Errichtung historischer Museen, die die liberal-konservative Bundesregierung in den 80er Jahren initiierte. Lagen

⁶⁴ Vgl. Artikel »Symbolische Politik«, in: Dieter Nohlen (Hg.), Lexikon der Politik, Bd. 7: Politische Begriffe, München 1998, S. 634.

⁶⁵ Vgl. von Hehl, Kampf um die Deutung, S. 425.

⁶⁶ Maier, Gegenwart der Vergangenheit, S. 16.

⁶⁷ Maier, Gegenwart der Vergangenheit, S. 17. Insbesondere der CDU-Fraktionsvorsitzender Alfred Dregger machte sich in einem sehr persönlichen Brief an US-Senatoren, in dem er für alle Kriegsgefallene das gleiche Recht auf Ehrung einforderte, für den geplanten Besuch des US-Präsidenten auf dem Soldatenfriedhof stark.

⁶⁸ Evans, Im Schatten Hitlers?, S. 29.

⁶⁹ Vgl. Evans, Im Schatten Hitlers?, S. 29-30.

in diese Richtung weisende Planungen auch bereits seit Ende der 70er Jahre vor, so kam der entscheidende Anstoß nach der ›Wende‹ von 1982, denn bereits in seiner ersten Regierungserklärung unterstrich Bundeskanzler Kohl mit Nachdruck den Wunsch zu deren baldiger Realisierung. Bereits 1983 wurde vom Innenministerium eine unabhängige Sachverständigenkommission einberufen.⁷⁰

Geplant waren zwei Einrichtungen – ein *Haus der Geschichte* in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn und ein *Deutsches Historisches Museum* in Berlin, der alten Hauptstadt des Kaiserreiches, die nun ein Symbol für die deutsch-deutsche Teilung war. Ersteres sollte die Geschichte der Bundesrepublik seit 1949 präsentieren, letzteres die gesamte nationale Vergangenheit Deutschlands nebst der Entwicklung der Bundesstaaten in chronologisch aufbereiteter Form darbieten.⁷¹

Um diese beiden Projekte entbrannte in der Folgezeit eine heftige politische Kontroverse. Die Kritiker bemängelten insbesondere, daß die nationalsozialistische Vergangenheit nicht gebührend berücksichtigt werde.⁷² Einige sahen in dem gesamten Vorhaben nichts weiteres als einen Versuch, »ein ganz im Sinne Helmut Kohls equilibriertes deutsches Geschichtsbild zu präsentieren und dem deutschen Volk zu neuem ›Nationalstolz‹ zu verhelfen.«⁷³ In diesem Sinne wurde dahinter von vielen der Versuch gesehen, die politische Konsensbildung durch das öffentliche Medium ›Museum‹ zu beeinflussen.

3.3 Fazit

Man kann die veränderte Einstellung zur deutschen Geschichte in der (politischen) Öffentlichkeit in den 80er Jahren auf Grundlage der angeführten Beispiele mit gutem Grund als das Ergebnis eines sich unterschwellig vollziehenden *Wertewandels* begreifen.⁷⁴ Dieser Wandel setzte seit Mitte der 70er Jahre ein und erfuhr ab 1982 – versehen mit dem Schlagwort von der politischen ›Wende‹ – wesentliche Unterstützung durch die konservativ geführte Bundesregierung und einige ihrer prominenten Vertreter. Mehrere politische Offensiven mit deutlich geschichtspolitischem Hintergrund lassen sich in den 80er Jahren ausmachen, von denen die meisten einen Weg in Richtung einer angestrebten zunehmenden ›Normalisierung‹ des Geschichtsbildes und seiner Erweiterung auf mehr identitätsförderndere Epochen jenseits der NS-Vergangenheit beschreiten.

3.4 Exkurs: Gegentendenzen

Das bis hierher gezeichnete Bild wäre jedoch unvollständig, wenn man nicht auch auf gegenläufige Tendenzen hinweisen würde. Ein durchaus verantwortungsbewußter Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik läßt sich bei der Mehrzahl der Politiker jeglicher Couleur innerhalb des demokratischen Spektrums auch in den 80er Jahren beobachten. So verdient das eine tendenzielle Einseitigkeit vermittelnde Bild diverser Politikeräußerungen von konservativer Seite zurechtgerückt zu werden. Gerade die extremeren Positionen eines Alfred Dregger oder Franz Josef Strauß – im Großen und Ganzen blieben sie Einzeläußerungen von ›rechtsaußen‹ – stießen auch innerhalb der eigenen Partei nicht nur auf ungeteilte Zustimmung.

Und es gab auch moderate Töne, wie zwei Beispiele belegen sollen: So gemahnte Bundeskanzler Kohl anläßlich einer Rede zum Gedenken an die Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen an die vornehmliche Aufgabe der Deutschen, das Bewußtsein wachzuhalten über die »Verbrechen der Hitler-Barbarei« und niemals zuzulassen, »daß etwas verfälscht oder verharmlost wird.«⁷⁵ Bundespräsident Richard von Weizsäcker hielt eine (auch im Ausland) vielbeachtete Ansprache zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation, den er unmißverständlich als »Tag der Befreiung« bezeichnete, in der er insbesondere die Opfer des NS-Regimes und die Widerstandskämpfer würdigte.⁷⁶ Daß darüber hinaus viele Äußerungen auch miß- oder überinterpretiert werden konnten, zeigt der erwähnte Aus-

⁷⁰ Vgl. Hermann Schäfer, Gegen Polarisierung und Harmonisierung: Zum Konzept des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Hg.), Streitfall Deutsche Geschichte. Geschichts- und Gegenwartsbewußtsein in den 80er Jahren, Essen 1988, S. 101.

⁷¹ Vgl. Peter, Historikerstreit, S. 50.

⁷² Vgl. Evans, Im Schatten Hitlers?, S. 33.

⁷³ Hans Mommsen in: »Historikerstreit«, S. 175.

⁷⁴ Vgl. Hans Mommsen, Aufarbeitung und Verdrängung, S. 74.

⁷⁵ Zit. nach Evans, Im Schatten Hitlers?, S. 32.

⁷⁶ Vgl. Kühnl, Kampf um das Geschichtsbild, S. 223-224.

spruch Kohls von der »Gnade der späten Geburt« (s.o. Kap. 3.2.1), der wohl aus einem Buch des »links« zu verorteten Journalisten und Publizisten Günter Gaus übernommen wurde und mit der lediglich der Kollektivschuld-These entgegengetreten werden sollte.⁷⁷ Insbesondere Bundeskanzler Kohl verfügte immer über ein erhöhtes historisches Bewußtsein und versäumte es nie, die friedvolle Aussöhnung mit den Nachbarstaaten – gerade im Bewußtsein über die deutsche Vergangenheit – voranzutreiben; in Einklang hiermit stellte er sich als einer der engagiertesten Verfechter der europäischen Einigung dar.⁷⁸

So erwies sich auch die Kritik an den Museumsplänen der Bundesregierung im Nachhinein als letztlich überzogen. Die Befürchtung, es ginge ausschließlich um die Vermittlung eines einheitlichen, positiven Geschichtsbildes, wurde schon mit der ersten Sonderausstellung des *Deutschen Historischen Museums* widerlegt, in der es um die scho-nungslose Darstellung der NS-Verbrechen ging.⁷⁹

Im Zusammenhang der Darstellung des Historikerstreits und seiner Vorbedingungen, insbesondere der politischen Implikationen der Debatte, sollte ein weiterer wichtiger Aspekt Beachtung finden, der leicht zu Fehlinterpretationen einlädt: Die Geschlossenheit eines (rechts-)konservativen Weltbilds, das in ideologischer Übereinstimmung mit dem politischen Kurs der Regierung gezielt über die deutsche Bevölkerung gestülpt werden soll, ist eine Chimäre. Es handelte sich eben gerade nicht um eine konzertierte Aktion der von Habermas so bezeichneten »Viererbände«⁸⁰; das von Habermas gezeichnete Bild einer geplanten geschichtspolitischen Offensive von »Regierungshistorikern«⁸¹ trifft nicht zu. Zum einen waren die wesentlichen Thesen und Aussagen, an denen sich der Historikerstreit entzündete, bereits vor Jahren, wenn nicht Jahrzehnten formuliert worden.⁸² Außerdem sind die Forschungsansätze und -ergebnisse zu unterschiedlich, um diese Historiker quasi zu einer Fraktion zusammenschließen.⁸³ Auch innerhalb der sich in der Debatte gegenüberstehenden Seiten gab es mannigfache Differenzen und Konfliktlinien.

4. Die Ausgangslage II: Der wissenschaftliche Rahmen

Veränderungen des gesellschaftspolitischen Klimas korrespondieren häufig mit einem Wandel wissenschaftlicher Ansätze und diesem zugrunde liegenden Erkenntnisinteresse. Mit Blick hierauf kann es aufschlußreich sein, danach zu fragen, inwiefern sich innerhalb der Geschichtswissenschaft – deren vornehmliches Ziel gerade in der Vermittlung und Interpretation des Geschehenen liegt – exemplarisch Anzeichen für den festgestellten neuen Umgang mit der Vergangenheit ausmachen lassen.

4.1 Paradigmenwechsel in der Geschichtswissenschaft?

Kennzeichnend für die Zeit vom Ende der 60er bis Mitte/Ende der 70er Jahre ist die Dominanz der Sozial- und Strukturgeschichte. Ausgehend von der seit den 60er Jahren zunehmenden Kritik an der etablierten Geschichtswissenschaft, verfolgte eine zumeist junge Historikergeneration einen neuen sozialwissenschaftlichen Ansatz gegenüber dem Primat der bloßen Politik- und Diplomatiegeschichte früherer Zeiten.⁸⁴ Tonangebend auf diesem Feld war die sog. »Bielefelder-Schule« um ihren Mitbegründer, den Historiker Hans-Ulrich Wehler; ihr Zentralorgan hatte sie mit der Fachzeitschrift *Gesellschaft und Geschichte*.

Die Einseitigkeit rein politikgeschichtlicher Ansätze läßt sich seit dem 19. Jahrhundert zurückverfolgen. Im Zusammenhang der steigenden Bedeutung der Nationalstaaten, insbesondere seit der deutschen Kaiserreichsgründung 1871, erfolgte eine zunehmende Verengung auf die Geschichte der Nationen und ihrer Wechselwirkungen. Die Geschichtswissenschaft stand hierbei auch im Dienste politischer Ziele, diente sie doch der historischen Legitimation der Nation und trug zur Förderung der nationalen Integrationsfähigkeit bei. In dieser wissenschaftsgeschichtli-

⁷⁷ Vgl. Eckhard Jesse, »Vergangenheitsbewältigung« in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Der Staat* 26, 1987, S. 560.

⁷⁸ Vgl. hierzu z.B. die in Anm. 54 zitierte Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982, in der diese Grundsätze bereits deutlich hervorgehoben sind.

⁷⁹ Vgl. Evans, *Im Schatten Hitlers?*, S. 34.

⁸⁰ Gemeint sind die Historiker Ernst Nolte, Michael Stürmer, Andreas Hillgruber und Klaus Hildebrand; Habermas gebraucht diesen Ausdruck in Anlehnung an eine Äußerung, die der Friedensnobelpreisträger von 1986, Elie Wiesel, in einem Fernsehinterview bezugnehmend auf den Historikerstreit getätigt hatte.

⁸¹ In: *Historikerstreit*, S. 74.

⁸² Vgl. für die Arbeiten von Ernst Nolte: Jesse, *Vergangenheitsbewältigung*, S. 544-545.

⁸³ Vgl. Marienfeld, *Der Historikerstreit*, S. 24.

⁸⁴ Vgl. Wiegand, *Zukunft*, S. 38.

chen Epoche des »Historismus« galt das Interesse verstärkt den Personen als handelnde Akteure, und nicht den Strukturen, von denen sie beeinflusst werden. Nach Gründung der Bundesrepublik gerieten diese Ansätze zunehmend in die Kritik, begründet durch die Erfahrungen der NS-Zeit und zweier Weltkriege, die den nationalgeschichtlich-politischen Zugang zum Verständnis der Geschichte diskreditierten. Hinzu kam ein weiteres: »Eine Zuspitzung erfuhren die Veränderungstendenzen durch das reformfreundige, sozialkritische Klima der späten 60er und frühen 70er Jahre. Daneben erfuhr marxistisch orientiertes Denken, insbesondere durch die »Frankfurter Schule«, eine Renaissance.«⁸⁵ Dies war der Nährboden, auf dem die Sozial- und Strukturgeschichte ihren Siegeszug an den deutschen Hochschulen antreten konnte.

Seit Beginn der 80er Jahre jedoch haben die »sozial- und strukturgeschichtliche[n] Erklärungsansätze ... anscheinend ihre Faszination verloren«.⁸⁶ Demgegenüber konstatierte man eine Wiedergeburt historistischer Ansätze. Diese als »Neohistorismus« bezeichneten Tendenzen schlugen sich z.B. nieder im neuerwachten Interesse an historischen Gesamtdarstellungen der deutschen Geschichte, auch mit besonderer Betonung der (mittelalterlichen) »Reichs-« und (neuzeitlichen) »Nationalgeschichte«, sowie in umfangreichen Biographien bedeutender historischer Persönlichkeiten.⁸⁷ Es sind auch diese Tendenzen – der schwindende Einfluß »links«-orientierter, »kritischer« historiographischer Ansätze –, die zu der vehementen Reaktion von Jürgen Habermas führten.⁸⁸

4.1.1 Wachsende Kritik an der »Sonderwegs-These«

Zu den Erklärungskonzepten für die Spezifität der deutschen Geschichte gehört seit dem 19. Jahrhundert die These vom »deutschen Sonderweg«, also der Annahme einer besonderen, von der Entwicklung der westeuropäischen Verfassungsstaaten abweichenden Entwicklung Deutschlands in die Moderne. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts lassen sich bezüglich der inhaltlichen Ausrichtung dieses Ansatzes mehrere Phasen ausmachen, die jeweils im Zusammenhang mit der sozialen und politischen Verfaßtheit Deutschlands stehen.⁸⁹

– Ganz am Anfang stand die an den Errungenschaften der Französischen Revolution und des englischen Parlamentarismus gemessene Bewertung der deutschen Verhältnisse als eigentümlich unvollkommen und rückständig.

– Mit der erfolgreichen, von »oben« erfolgten Reichsgründung 1871 wandelte sich das Bild. Das Bewußtsein über die eigene Rückständigkeit wurde nun von dem Bewußtsein über die deutsche (kulturelle und wirtschaftliche) Überlegenheit verdrängt. Die nationalliberale Geschichtsschreibung, die in der kleindeutschen Reichsgründung den Höhepunkt preußischer Geschichte sehen wollte, argumentierte ganz in diesem Sinne. Die Gefühle von der eigenen Überlegenheit gipfelten vor dem Ersten Weltkrieg in den »Ideen von 1914«, die den »Ideen von 1789« gegenübergestellt wurden – der Weltkrieg wurde in diesem Sinne als eine grundsätzliche Auseinandersetzung zweier gegensätzlicher politischer Systeme verstanden.

– Diese Sichtweise prägte dann auch die Argumentation vieler konservativer Historiker während der Weimarer Republik. Im Angesicht der Defekte des parlamentarischen Staates – gekennzeichnet durch die Kriegsniederlage, die Versailler Friedensbedingungen und der politischen Instabilität – stellten sie wiederum das Kaiserreich positiv dem demokratisch-parlamentarischen Weg des Westens gegenüber.

– In der NS-Zeit wurde – wie nicht weiter ausgeführt zu werden braucht – die spezifische deutsche Entwicklung über alle Maßen hervorgehoben und dabei in extremer Weise auch gerade rassistisch umgedeutet. Dem »Dritten Reich« wurde nun die Aufgabe der Vollendung des Kaiserreiches zugeschrieben.

– Nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich die Bewertung der deutschen historischen Entwicklung grundsätzlich. Die Erfahrungen der NS-Zeit ließen die deutsche Geschichte unzweifelhaft als eine Fehlentwicklung erscheinen. Im Vordergrund der wissenschaftlichen Forschung stand jetzt die Frage nach den Ursachen des Aufstiegs des Na-

⁸⁵ Wiegel, Zukunft, S. 39.

⁸⁶ Wichert/Heinemann, Zwischen den Zeiten, S. 7.

⁸⁷ Als Beispiele anzuführen wären hier die Biographien Friedrichs des Großen von Theodor Schieder (1986) oder die große Bismarck-Biographie (1980) von Lothar Gall. In den 80er Jahren publizierte der Siedler-Verlag die Reihen »Das Reich und die Deutschen« bzw. »Die Deutschen und ihre Nation«.

⁸⁸ Vgl. Elvert, Nationalsozialismus, S. 54.

⁸⁹ Vgl. allgemein Hans-Peter Ullmann, Politik im Deutschen Kaiserreich 1871-1918 (= Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 52), München 1999, S. 53-62 und Bernd Faulenbach, Das Besondere ist das Normale? Von der Idee eines besonderen deutschen Weges zur These deutscher Normalität, in: Wieland Eschenhagen (Hg.), Die neue deutsche Ideologie. Einsprüche gegen die Entsorgung der Vergangenheit, Darmstadt 1988, S. 129-138.

tionalsozialismus. Die entscheidenden Vorbedingungen hierfür wurden insbesondere in diversen Strukturdefekten des Kaiserreiches gesehen. Hans-Ulrich Wehler lieferte diesbezüglich eine richtungweisende Interpretation: Ihm zufolge lag der Hauptdefekt des Kaiserreiches in einer mangelnden Synchronisation der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung, d.h. die rasche sozioökonomische Modernisierung erfolgte nicht im Einklang mit der nur partiellen Parlamentarisierung und Demokratisierung des politischen Systems.

Die »negative Sonderwegs-These«, die in den 60er und 70er Jahren noch auf überwiegenden Zuspruch stoßen konnte, geriet Anfang der 80er Jahre zunehmend in die Kritik. Ausgehend von den Arbeiten zweier britischer Historiker, Geoff Eley und David Blackbourn, ließ sich auch bei deutschen – v.a. konservativ eingestellten – Historikern, die überdies die fachliche Beihilfe aus dem Ausland begrüßten, ein deutlicher Paradigmenwechsel beobachten.⁹⁰ Es wurde hervorgehoben, daß die These vom Sonderweg einen idealisierten westeuropäischen Normalweg voraussetze, den es historisch jedoch nicht gegeben hat. Historiker wie Thomas Nipperdey wiesen darauf hin, daß die bloße Reduzierung einer Epoche, wie die des Kaiserreiches, auf die Vorgeschichte einer nachfolgenden Epoche, hier: die NS-Zeit, dieser ihren Eigenwert nähme und die theoretische Offenheit der Entwicklung zugunsten eines historischen Determinismus aufgebe. Daraus aber müsse, so die Argumentation, eine grundsätzlich veränderte Bewertung der deutschen Geschichte vor 1933 folgen.

Bernd Faulenbach weist darauf hin, daß hinter der erneuten Umdeutung des deutschen Sonderwegs nicht allein wissenschaftliche Erwägungen stehen, so plausibel sie auch im einzelnen sein mögen.⁹¹ Es geht *auch* um eine Überwindung der bisherigen kritischen Beurteilung der deutschen Geschichte und damit wiederum um ihre »Normalisierung«. Wie gezeigt worden ist, erfüllte die Sonderwegs-These, seitdem sie in der Wissenschaft diskutiert wird, immer auch die Funktion der Legitimation bzw. Delegitimation der jeweiligen politischen Verhältnisse. Indem nun seit Beginn der 80er Jahre die »These der Normalität deutscher Geschichte«⁹² immer breitere Akzeptanz findet, ermöglicht sie die Ausbildung eines positiven Bezugs zur eigenen Vergangenheit und fördert damit die nationale Konsens- und Identitätsfindung.

4.1.2 Geopolitische Erklärungsansätze und die These vom »Primat der Außenpolitik«

Im Zusammenhang mit der Debatte um einen deutschen Sonderweg muß auch die Theorie von den Folgen der Zentrallage Deutschlands für seine geschichtliche Entwicklung gesehen werden. Es handelt sich hierbei in gewissem Sinne um eine geohistorische Umdeutung der Sonderwegs-These: Die geographische Lage des Kaiserreiches in der Mitte Europas ergab danach gleichsam die Notwendigkeit eines deutschen Eigenweges, einen »Quasi-Determinismus bezüglich der deutschen Geschichte, der sich jedoch nicht auf gesellschaftliche Strukturen, sondern auf die besondere geographische Lage Deutschlands beruft.«⁹³ Auch diese These ist nicht neu; sie ist erstmals gegen Ende des 19. Jahrhunderts formuliert worden. In der Weimarer Republik gehörte sie zum klassischen Repertoire in der Argumentation konservativer Wissenschaftler und Politiker, die den Kriegsausbruch von 1914 maßgeblich auf die »Umzingelung« Deutschlands durch seine Feinde zurückführten und damit rechtfertigten.⁹⁴

In den 80er Jahren waren es insbesondere die Historiker Michael Stürmer und Hagen Schulze, die die alte Argumentation wieder aufgriffen. Ihnen zufolge ist in der ständigen Bedrohung eines Zweifrontenkriegs ein Hauptgrund für das Scheitern des Kaiserreiches zu sehen. Dadurch nämlich, daß Deutschland im Westen mit Frankreich und im Osten mit Rußland zwei gleichermaßen mächtige wie eifersüchtige Nachbarn hatte, sei zwangsläufig die Notwendigkeit einer autoritär geführten Regierung und die Gefahr, kriegerisch in Konflikte innerhalb Europas zu geraten, ent-

⁹⁰ Vgl. Maier, *Gegenwart*, S. 128-129.

⁹¹ Vgl. Faulenbach, *Das Besondere*, S. 136.

⁹² Faulenbach, *Das Besondere*, S. 136.

⁹³ Maier, *Gegenwart*, S. 143.

⁹⁴ Vgl. Evans, *Im Schatten Hitlers?*, S. 153.

standen.⁹⁵ Hans-Ulrich Thamer erweitert den Blick – für ihn ist die geographische Mittellage nicht nur ursächlich für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs, sondern auch eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Aufstieg des Nationalsozialismus.⁹⁶

Nach der Zeit der Vorherrschaft des sog. »Primats der Innenpolitik« in den 60er und 70er Jahren, also der Annahme, daß v.a. ungelöste Konflikte im inneren Deutschlands ausschlaggebend waren für seinen übersteigerten Nationalismus und die aggressive Wendung gegen seine äußeren Nachbarn, ist in den 80er Jahren durch derartige Ansätze der »Primat der Außenpolitik« wieder zurückgekehrt. Nicht der unvollständig erfolgte Ausbau des parlamentarischen Systems und die mangelhafte Integrierung aller gesellschaftlichen Klassen in dieses sei demnach verantwortlich für die aggressive Außenpolitik, sondern allein die außenpolitische Gemengelage. Im Gegenteil, gerade die begonnene Demokratisierung, so wird argumentiert, habe maßgeblich zur Aushöhlung der politischen Stabilität Deutschlands beigetragen und den Weg in den Ersten Weltkrieg geebnet.⁹⁷

4.2 Stellungnahmen von Historikern zum »Sinn der Geschichte«

Jede Form von Wissenschaft in einer offenen und pluralistischen Gesellschaft ist nicht ohne Beziehung zu dem gesellschaftlichen und politischen Kontext, innerhalb dessen sie betrieben wird. Auf die Geschichtswissenschaft als Teil der Sozialwissenschaft trifft dieser Sachverhalt im besonderen zu, da der Erkennende hier – anders als in den Naturwissenschaften, dessen Gegenständen sich der Forscher distanziert nähern kann – immer auch eingebunden in den Gegenstand der Erkenntnis ist, er ist selbst ein Teil der »Lebenswelt«, die er untersuchen will. Insofern ist es interessant, einen Blick auf das allgemeine Verständnis des Historikers zu werfen, das er von seinem Tun hat und zu hinterfragen, welchen Sinn er der Beschäftigung mit Geschichte abseits vom rein fachwissenschaftlichen Erkenntnisgewinn zuspricht. Da es beim Historikerstreit ja gerade, wie gezeigt werden konnte, weitgehend politische Intentionen waren, die die Gereiztheit der Debatte ausmachten, lohnt es sich, diesen Bereich kurz zu beleuchten.

Exemplarisch sollen hier wieder die uns schon mehrfach begegneten Historiker Ernst Nolte und Michael Stürmer stehen. Ihnen gemeinsam sind die Klagen über die Krise des historischen Bewußtseins, gekoppelt mit der Forderung nach historischer Sinnstiftung, welche die Geschichte leisten müsse. Ernst Nolte äußerte in dem schon erwähnten FAZ-Artikel vom 6. Juni 1986⁹⁸ sein Bedauern darüber, daß die Geschichte der NS-Zeit nicht wie andere historische Epochen mit zunehmendem Abstand das »Bedrängende« verlieren und zum Gegenstand gelassener wissenschaftlicher Arbeit würden. Statt dessen werde das Negativbeispiel des »Dritten Reiches« den Deutschen immer wieder vor Augen gehalten, was insbesondere die positive Identifikation mit der Bundesrepublik mindere. Auf die Äußerungen Michael Stürmers wurde an anderer Stelle schon hingewiesen (s.o. Kap. 2.1.1.b). Er forderte in dem FAZ-Artikel *Geschichte in einem geschichtslosen Land*⁹⁹ dazu auf, die Zukunft aktiv mit Hilfe des Mittels der Vergangenheitsinterpretation zu gestalten. Für ihn erfüllt die Geschichte in erster Linie die Funktion einer Orientierungshilfe; der Nation komme innerhalb dieses Rahmens die Aufgabe zu, als Identitäts- und Integrationsfaktor zu wirken. Dafür aber müsse das Geschichtsbild ein möglichst einheitliches und geschlossenes sein. Diese Äußerungen erwecken sehr leicht den begründeten Verdacht, daß es ihm nicht zuletzt um den »Kampf um die Geschichte, und damit ein gutes Stück weit [um] Kampf um die kulturelle Hegemonie« geht.¹⁰⁰

⁹⁵ Vgl. Evans, *Im Schatten Hitlers?*, S. 152-153.

⁹⁶ Vgl. Wichert/Heinemann, *Zwischen den Zeiten*, S. 7.

⁹⁷ Vgl. Evans, *Im Schatten Hitlers?*, S. 152.

⁹⁸ Siehe Anm. 13.

⁹⁹ Siehe Anm. 8.

¹⁰⁰ Wichert/Heinemann, *Zwischen den Zeiten*, S. 6.

»Dieses Verständnis der gesellschaftspolitischen Funktion von Geschichte stellt ohne Zweifel eine Wende dar.«¹⁰¹ Es steht in gewisser Hinsicht in diametralem Gegensatz zu dem Geschichtsbewußtsein, das sich noch in den 60er und 70er Jahren einer breiten Zustimmung erfreuen konnte, und im wesentlichen auf der Anerkennung eines Pluralismus der Ideen und Meinungen beruhte, der die Identitätsstiftung nicht mit einer gezielten Besetzung von Begriffen erzielen wollte.

4.3 Fazit

Die beobachtete Veränderung des politischen Klimas in den 80er Jahren geht einher mit einem Wandel innerhalb – zumindest eines Teils – der deutschen (Geschichts-)Wissenschaft, die z.T. neue Erklärungsansätze und Interpretationsmuster (oder auch eine Wiederbelebung älterer) für das Verständnis der deutschen Vergangenheit anwandte. Hier liegt also ein offensichtlicher Paradigmenwechsel vor. Im Einklang mit dem zunehmenden Einflußgewinn der Konservativen auf der politischen Ebene (dessen sichtbarster Ausdruck die ›Wende‹ von 1982 ist) findet auch auf der Ebene der Wissenschaft eine von konservativen Deutungsmustern geprägte Umorientierung statt. In diesem Sinne läßt sich in der Geschichtswissenschaft auch ein Indikator einer veränderten historisch-politischen Bewußtseinslage sehen.¹⁰²

5. Schlußbetrachtung

Am Schluß unserer Untersuchung können wir zusammenfassend und abschließend festhalten, daß sich in den 80er Jahren eine schleichende Veränderung des Geschichtsbildes und des Umgangs mit der Geschichte beobachten läßt, für die verschiedene Beispiele in der Arbeit angeführt wurden. Die Gründe hierfür liegen auch in einem Wandel des gesellschaftspolitischen Klimas, sprich: der Ablösung der Vorherrschaft ›linker‹ Positionen durch konservativ geprägte seit der Mitte der 70er Jahre und, forciert durch die politische ›Wende‹ von 1982, in stärkerem Maße in den 80er Jahren. Der Historikerstreit von 1986 stellt sich vor diesem Hintergrund als der sichtbarste Ausdruck einer heftigen Entladung diverser Spannungen dar, die mit dem Klimawechsel einhergingen und diesen begleiteten.

Die Untersuchung wollte dazu beitragen, ein auf empirischer Grundlage beruhendes Bild von der (geschichts-)politischen Kultur der Bundesrepublik in den frühen und mittleren 80er Jahren zu gewinnen. Gerade der Historikerstreit bietet sich als Ausgangsbasis hierfür an, ist er doch in erster Linie »ein Streit um das politische Selbstverständnis der Deutschen«.¹⁰³ Es hat sich gezeigt, daß auch vierzig Jahre nach Kriegsende die Vergangenheit in Deutschland noch lange nicht vergangen war (wie Ernst Nolte mit Bedauern feststellte), und daß das Thema »Nationalsozialismus« in besonderem Maße dazu angetan war, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens heftige und kontrovers geführte Diskussionen auszulösen. Daß politische Intentionen hierbei im Vordergrund standen, wurde im Verlauf der vorliegenden Arbeit gezeigt und ergab sich allein schon aus der Tatsache, daß es keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse waren, die den Historikerstreit auslösten.

Es sollte allerdings auch darauf hingewiesen werden (wie exkursorisch in Kap. 3.4 versucht wurde), daß es sich bei allen aufgezeigten Tendenzen, wie kritikwürdig sie auch im einzelnen sein mögen, niemals um ein gleichsam »revisionistisch« und umfassend angelegtes Aktionsprogramm zur systematischen Relativierung der NS-Verbrechen und damit der Schuldfähigkeit der Deutschen gehandelt hat. Der antitotalitäre Grundkonsens, der die Bundesrepublik seit ihrer Gründung prägte, ist von keiner der an der Debatte beteiligten Seiten jemals aufgekündigt worden. Dies konstatierte auch Jürgen Habermas, wenn er beispielsweise einem seiner Hauptkontra-

¹⁰¹ Wichert/Heinemann, *Zwischen den Zeiten*, S. 6.

¹⁰² Vgl. Mommsen, *Aufarbeitung und Verdrängung*, S. 82.

¹⁰³ Jeismann, *Geschichte*, S. 51.

ten, Andreas Hillgruber, bescheinigt, daß er »vor den Naziverbrechen den gleichen Abscheu empfindet wie die meisten von uns«. ¹⁰⁴

Gerade die dem Historikerstreit nachfolgenden Auseinandersetzungen mit historischem Bezug in den 90er Jahren – erinnert sei hier an die »Goldhagen-Kontroverse«, die »Walser-Bubis-Debatte« oder die »Mahnmal-Diskussion« – haben gezeigt: Die kontroverse Diskussion um die NS-Vergangenheit ist in der Bundesrepublik noch lange nicht beendet. Der dahinter stehende Prozeß der »Vergangenheitsbewältigung« bleibt nach wie vor ein hochaktuelles und zentrales Thema, das weit davon entfernt ist, etwas von seiner Brisanz und seiner z.T. polarisierenden und emotionalisierenden Wirkung einzubüßen. – Die *Vergangenheit* wird – und darf – auch weiterhin *nicht vergeben*, doch wäre eine oftmals weniger aufgeregte und sachlichere Debatte auch in der Bundesrepublik wünschenswert und – wohl auch – produktiver, wie aus dem Historikerstreit von 1986 geschlossen werden kann.

¹⁰⁴ In: »Historikerstreit«, S. 96.

6. Literaturverzeichnis

- Artikel »Symbolische Politik«, in: Dieter Nohlen (Hg.), Lexikon der Politik, Bd. 7: Politische Begriffe, München 1998, S. 634.
- Jürgen Elvert, Nationalsozialismus, Nationalbewußtsein und deutsche Identität. Eine Erinnerung an den Historikerstreit von 1986, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45, 1997, S. 47-62.
- Richard J. Evans, Im Schatten Hitlers? Historikerstreit und Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1989.
- Bernd Faulenbach, Das Besondere ist das Normale? Von der Idee eines besonderen deutschen Weges zur These deutscher Normalität, in: Wieland Eschenhagen (Hg.), Die neue deutsche Ideologie. Einsprüche gegen die Entsorgung der Vergangenheit, Darmstadt 1988, S. 129-138.
- Immanuel Geiss, Die Habermas-Kontroverse. Ein deutscher Streit, Berlin 1988.
- Helga Grebing, Die nationale Frage im Urteil westdeutscher Historiker seit dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.), Von der Verdrängung zur Bagatellisierung? Aspekte des sogenannten Historikerstreits, Hannover 1988, S. 37-48.
- Ulrich von Hehl, Kampf um die Deutung. Der Nationalsozialismus zwischen »Vergangenheitsbewältigung«, Historisierungspostulat und »neuer Unbefangenheit«, in: Historisches Jahrbuch 117, 1997, S. 406-436.
- Andreas Hillgruber, Zweierlei Untergang – Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums, Berlin 1986.
- »Historikerstreit«. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich ³1987.
- Karl-Ernst Jeismann, Geschichte in der Wahrnehmung der Gegenwart: politisches Argument oder politische Bildung?, in: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Hg.), Streitfall Deutsche Geschichte. Geschichts- und Gegenwartsbewußtsein in den 80er Jahren, Essen 1988, S. 39-57.
- Arno Klönne, »Nationale Identität« und deutsche Geschichte, in: Hans-Hermann Wiebe (Hg.), Die Gegenwart der Vergangenheit. Historikerstreit und Erinnerungsarbeit (= Zeitkritische Beiträge der Evangelischen Akademie Nordelbien 2), Bad Segeberg 1989, S. 11-28.
- Reinhard Kühnl, Ein Kampf um das Geschichtsbild: Voraussetzungen – Verlauf – Bilanz, in: Reinhard Kühnl (Hg.), Vergangenheit, die nicht vergeht. Die »Historiker-Debatte«. Darstellung, Dokumentation, Kritik, Köln 1987, S. 200-291.
- Charles S. Maier, Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und die nationale Identität der Deutschen, Frankfurt a.M./New York 1992.
- Wolfgang Marienfeld, Der Historikerstreit, Hannover 1987.
- Hans Mommsen, Aufarbeitung und Verdrängung. Das Dritte Reich im westdeutschen Geschichtsbewußtsein, in: Dan Diner (Hg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt a.M. 1987, S. 74-88.
- Wolfgang J. Mommsen, Nation und Geschichte, München 1990.

- Herbert Obenaus, Relativierung der NS-Verbrechen?, in: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.), Von der Verdrängung zur Bagatellisierung? Aspekte des sogenannten Historikerstreits, Hannover 1988, S. 21-28.
- Jürgen Peter, Der Historikerstreit und die Suche nach einer nationalen Identität der achtziger Jahre (= Europäische Hochschulschriften Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd. 288), Frankfurt a.M. u.a. 1995.
- Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 13. Oktober 1982, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Bundeskanzler Helmut Kohl. Reden 1982-1984, Bonn 1984, S. 9-48.
- Hermann Schäfer, Gegen Polarisierung und Harmonisierung: Zum Konzept des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Hg.), Streitfall Deutsche Geschichte. Geschichts- und Gegenwartsbewußtsein in den 80er Jahren, Essen 1988, S. 101-110.
- Dietrich Thränhardt, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1996.
- Hans-Peter Ullmann, Politik im Deutschen Kaiserreich 1871-1918 (= Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 52), München 1999.
- Hans-Ulrich Wehler, Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum »Historikerstreit«, München 1988.
- Günter Wichert/Ulrich Heinemann, Zwischen den Zeiten: Geschichts- und Gegenwartsbewußtsein in der Bundesrepublik der achtziger Jahre: Eine Einführung, in: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Hg.), Streitfall Deutsche Geschichte. Geschichts- und Gegenwartsbewußtsein in den 80er Jahren, Essen 1988, S. 1-15.
- Gerd Wiegel, Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie – Vom Historikerstreit zur Walser-Bubis-Debatte, Köln 2001.
- Eckhard Jesse, »Vergangenheitsbewältigung« in der Bundesrepublik Deutschland, in: Der Staat 26, 1987, S. 539-565.

*

*

*